

Jahresbericht VBU 2004

Die **Klimaerwärmung** ist weltweit gesehen weiterhin das wichtigste umweltpolitische Traktandum. Gerade auch für die Alpenregion ist sie von eminenter Bedeutung, indem eine durchschnittliche Erwärmung von wenigen Grad Celsius die Gefahr von Ueberschwemmungen und Rüfenniedergängen stark erhöht. Einige Wintersportstationen wollen mit geradezu grotesk anmutenden Massnahmen den Rückgang der Gletscher und die Auftauung des Permafrostes bremsen durch Bedeckung der Gletscher mit Wärme ableitenden Folien. Hier wird wieder einmal, mit erst noch untauglichen Mitteln, Symptombekämpfung betrieben. Die Umweltorganisationen der Schweiz setzen sich alle für eine **CO₂-Abgabe** sowohl auf Treib- als auch auf Brennstoffen ein. Auch die VBU beteiligt sich aktiv an dieser Kampagne. Der von Wirtschaftsverbänden propagierte (freiwillige!!!) Klimarappen bedeutet lediglich eine weitere Verzögerung auf dem Weg zur Erfüllung des Kyoto-Protokolls wofür sich die Schweiz verpflichtet hat und welches auch mit einer CO₂-Abgabe noch schwierig genug zu erreichen ist.

Die Abschaffung des **Verbandsbeschwerderechtes** ist ein weiteres wichtiges Thema für die Umweltorganisationen. Auch wir sind zwar für eine Beschleunigung und Vereinfachung des Verfahrens, wehren uns aber mit allen Mitteln gegen dessen Abschaffung. Zur Zeit soll versucht werden möglichst viele Politiker für die Erhaltung des Verbandsbeschwerderechtes zu gewinnen und die Bevölkerung für die Problematik zu sensibilisieren, damit wir dann für einen wahrscheinlichen Abstimmungskampf gewappnet sind.

Im Herbst 2004 hat sich die **Interessengemeinschaft Elektromog Graubünden** gebildet. Sie will vor allem auf die gesundheitlichen Gefahren elektromagnetischer Wellen aufmerksam machen und zwar abgestützt auf wissenschaftliche Daten. Insbesondere soll auch die flächendeckende Umrüstung auf die Breitbandtechnologie UMTS kritisch verfolgt werden.

Nachdem im Jahre 2001 die Tagung Projekte in der Landschaft erfolgreich durchgeführt wurde, erfolgte im Jahre 2004 die Vorbereitung auf eine neue Tagung mit dem Thema: „**Am Rand ist Zukunft**“. Es handelt sich hier gerade für Graubünden um ein sehr aktuelles Thema nachdem Avenir Suisse und weitere Oekonomen die Schweiz in wenige wirtschaftlich potente regionale Zentren aufteilen wollen, und für die Randgebiete, zu denen auch Graubünden gehört, längerfristig keine Zukunftsaussichten mehr sehen. Es wird an dieser Tagung darum gehen, aufzuzeigen, dass auch in Randgebieten zukunftsweisende nachhaltige Projekte verwirklicht werden können. Die VBU hat für diese Tagung die Initialzündung in Form einer finanziellen Unterstützung von Fr. 5000.- gegeben. Wie bei der ersten Tagung ist auch für die jetzige Veranstaltung Simone Jakob für die Organisation verantwortlich.

Im Herbst 2004 kam das **Wirtschaftsförderungsgesetz** zur Abstimmung gegen das die SP zusammen mit Umweltorganisationen das Referendum ergriffen hat. Es ging unter anderem darum, dass Schneekanonen nicht auch noch durch kantonale Beiträge subventioniert werden können und dass für kleine und mittlere Unternehmen weiterhin Risikobeiträge erhältlich sind. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil

von fast 40% konnten wir einen Achtungserfolg erringen, berücksichtigt man die Tatsache, dass ausser der SP alle Parteien die Ja-Parole herausgaben. Die VBU hat sich an der Abstimmungskampagne aktiv beteiligt.

Die Kampagne für eine **Alpenrheinbahn**, hervorgegangen aus dem Projekt Stop Transit A13, wurde unter Führung von Stefan Grass weiterverfolgt. Es entwickelt sich immer mehr zu einem Gesamtverkehrsplan für die Region Churer/St-Galler Rheintal Vorarlberg und Bodenseeraum. Die VBU beteiligte sich daran für das Jahr 2004 mit Fr. 1000.-

Der **Wasserkoffer**, mit dem in Schulklassen vom WWF über die Wichtigkeit von sauberem Wasser informiert, und die Schüler mit konkreten Beispielen und Untersuchungen direkt teilnehmen können, ist erfolgreich gestartet. Die VBU hat einen Koffer im Wert von Fr. 2500.- gesponsert.

Das **Stadtentwicklungskonzept** wurde durch Inputs der Umweltvertreter wesentlich geprägt. Stefan Grass hat als Vertreter der VBU an den Sitzungen teilgenommen. Von bürgerlichen Kreisen wird jetzt wahrscheinlich insbesondere das neue Baugesetz, das im Frühling 2005 im Gemeinderat behandelt wird, zerzaust werden.

Im Frühling 2004 fanden **Gespräche über Umweltziele** zwischen Vertretern der VBU sowie Bundespolitikern des Kantons Graubünden statt. Die NationalrätInnen Brigitta Gadiet und Hansjürg Hassler nahmen daran teil. Es ging vor allem um die Information über Umweltziele und die Diskussion zu deren Erreichung. Es zeigte sich, dass die Vertreter des Kantons Graubünden in Teilbereichen durchaus für unsere Umweltziele zu gewinnen sind. Diese Lobbyarbeit muss durch die VBU weitergeführt werden.

Anfang November 2004 fand während eines ganzen Tages der **Ecodialog** statt anlässlich der Gründung des neuen ANU (Amt für Natur und Umwelt). Erfreulich war, dass neben Regierungsrat Claudio Lardi und Peter Baumgartner als Chef des neuen Amtes praktisch alle Abteilungsvorsteher daran teilnahmen. Die Umweltorganisationen brachten dabei ihre Wünsche und Erwartungen an das neue Amt vor. Als konkrete Folge dieser Tagung wird vom ANU ein Formular entworfen welches an alle Projektanten abgegeben wird und Informationen bezüglich der umweltrelevanten Abläufe enthält.

Ein Blick in die Zukunft zeigt, dass auch 2005 ein für die Umwelthanliegen wichtiges Jahr werden wird. Es stehen die Abstimmung über eine gentech freie Landwirtschaft und ein Moratorium zur Einführung gentechnisch veränderter Lebensmittel an. Weiter wird uns das Verbandsbeschwerderecht beschäftigen und schliesslich bleibt insbesondere auch die Zukunft von Randgebieten (regionales Entwicklungskonzept) ein wichtiges Thema.

Zum Schluss bleibt mir noch, den Mitgliedern des Vorstandes, allen weiteren Beteiligten und insbesondere Annatina Badrutt, welche das Sekretariat führt, für die gelistete Arbeit ganz herzlich zu danken.

Hansjörg Bhend
Präsident VBU